

CDA BADEN-WÜRTTEMBERG SOZIALAUSSCHÜSSE DER CDU

Pressemitteilung

04.11.07

CDU Sozialausschüsse: Mindestlöhne konsequente Reformpolitik

Die CDU Sozialausschüsse (CDA) im Südwesten setzen sich weiter für branchenspezifische Mindestlöhne ein. Ministerpräsident Günther Oettinger(CDU) hatte sich gegen eine Abkehr von der Reformpolitik und eine staatliche Lohnfindung gewandt. " In fast allen europäischen Ländern gibt es entweder einen gesetzlichen Mindestlohn oder eine umfassende Tarifbindung der Arbeitgeber. Mindestlöhne sind eine folgerichtige Antwort auf die Globalisierung und den internationalen Wettbewerbsdruck, dem die Arbeitnehmer ausgesetzt sind ", erklärt der Landeschef des CDU Arbeitnehmerflügels Christian Bäuml. Gerade in den Dienstleistungsbranchen könnten viele Arbeitnehmer von ihren Löhnen nicht mehr leben. Diese Entwicklung könnte sich nach Einschätzung der CDU Arbeitnehmerorganisation durch die Öffnung der Dienstleistungsmärkte in der Europäischen Union im Jahr 2009 verschärfen. Mit dem christlichen Menschenbild ist es nach Meinung Bäumlers nicht vereinbar, wenn sich Menschen voll ins Erwerbsleben einbringen, aber von ihrem Lohn nicht leben können

Im März diesen Jahres hat der Bundestag mit den Stimmen der Abgeordneten der Union einen Mindestlohn von 7,83 Euro pro Stunde für die Gebäudereiniger beschlossen. Aktuell stehen Mindestlohnregelungen für die Postdienstleister und die Zeitarbeit an. Bäuml hofft auf eine schrittweise Einführung von Mindestlöhnen über das Entsendegesetz. Die CDA spricht sich gegen einen einheitlichen Mindestlohn und für den Vorrang tariflicher Lösungen aus. Der Gesetzgeber müsse allerdings eine absolute Lohnuntergrenze festlegen um sittenwidrige Löhne zu verhindern. Oberhalb dieser absoluten Armutsgrenze sollten tarifvertragliche Lösungen Vorrang vor gesetzlichen Mindestlöhnen haben. Die CDU Arbeitnehmerorganisation fordert die rechtliche Erleichterung der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. „Insbesondere ist sicherzustellen, dass die Allgemeinverbindlichkeitserklärungen für Branchen, in denen es soziale Verwerfungen gibt, nicht von der Spitzenorganisation der Arbeitgeber blockiert werden können. Die Ausweitung des Entsendegesetzes muss gewährleisten, dass auch ausländische, nach Deutschland entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die allgemeinverbindlichen Tariflöhne bekommen,“ fordert Bäuml.

Bei Rückfragen: 01785347269

www.christian-baeumler.de